

# Samtgemeinde-SPD drängt auf Erdleitung

## Wunsch: Gasolierte Leitung als Pilotprojekt anerkennen

Von unserem Redakteur  
Robert Goldberg

**HARPSTEDT-COLNRADE.** Hat E.on für eine erdverlegte Gasolierte Leitung überhaupt einen Zuschuss bei der EU-Kommission beantragt? Der SPD-Fraktion der Samtgemeinde kommen Zweifel an der Aussage, die der E.on-Vorstand im Mai im Landtag machte. Da inzwischen sieben Monate ohne Reaktion vergingen, berieten sich Heinz-Jürgen Greszik, Anne Wilkens-Lindemann und Hermann Bokelmann mit dem neuen SPD-Europaabgeordneten Matthias Groote aus Ostfriesland. Der Diplom-Wirtschaftsingenieur, Mitglied im Ausschuss für Umwelt- und Verbraucherschutz, erwies sich als sehr fachkundig und versprach, die EU-Kommission schriftlich um Auskunft zu bitten.

Frank Windhorst vom Vorstand der Interessensgemeinschaft „Vorsicht Hochspannung“ kritisierte, dass E.on immer noch eine Freileitung plane und aus dem Desaster im Münsterland keine Lehren ziehe: „Wir wurden von E.on belächelt, wenn wir auf die Anfälligkeit von Freileitungen bei Naturkatastrophen hinwiesen.“

Die SPD-Landtagsabgeordnete Renate Geuter forderte, dass die Landesregierung bei der Auswertung des Gulachtens die Erkenntnisse aus dem Münsterland berücksichtigen müsse: „Stand der Technik ist nicht die Freileitung, sondern die Gasolierte Freileitung unter der Erde, für deren Verlegung auch kein Raumordnungsverfahren erforderlich ist.“

Versorgungssicherheit und Schutz der Bevölkerung spreche eindeutig für die Erdverlegung, unterstrich Frank Windhorst: „Unter Berücksichtigung aller geplanten Leitungen mit 850 Kilometer Länge macht das für einen Vier-Personen-Haushalt nicht einmal 30 Cent monatlich aus.“ Die E.on sperrt sich gegen die Gasolierte Leitung, weil sie die Mehrkosten nicht umlegen kann.

Hermann Bokelmann bat daher den Europaabgeordneten Matthias Groote, dass der sich mit dem Bundestagsabgeordneten Garrelt Duin dafür einsetzen solle, dass die Regulierungsbehörde die Gasolierte Leitung als Pilotprojekt anerkenne, um die zusätzlichen Kosten auf die Netznutzungsentgelte umlegen zu können.

Zur Gleichbehandlung mit der Ypsilon-Trasse sei das Raumordnungsverfahren auszusetzen, forderte Heinz-Jürgen Greszik und bezeichnete den neuen CDU-Staatssekretär Friedrich-Otto Ripke als „Schlüsseligur“ an entscheidender Stelle in Hannover: „Den müssen unsere Mitstreiter von CDU und FDP überzeugen.“

Dass weiter gekämpft wird, machte Anne Wilkens-Lindemann deutlich: „Wir lassen uns von E.on nicht durch Alternativ-Trassen entzweien und resignieren auch nicht.“ Unterstützung gibt es allerorten. Auch der Präsident des niedersächsischen Städte- und Gemeindebundes, Rainer Timmermann, spricht sich gegen Freileitungen aus und fordert den Schutz der Bürger. Überschrift seines Berichts: „Stromautobahnen müssen unter die Erde.“